

Antrag der Fraktion der CDU

Die Masche der „falschen Polizisten“ endlich bekämpfen!

Beinahe täglich erreichen uns Meldungen über „falsche Polizisten“, die sich bei älteren Menschen am Telefon als Ordnungshüter ausgeben, um so deren Vertrauen zu gewinnen und diese dann um ihre Ersparnisse bringen. In Bremen sind die Zahlen in der ersten Jahreshälfte geradezu explodiert. Bis Ende Juni 2018 waren es bereits 736 Betrugsfälle mit der Masche des „falsche Polizisten“. Schon die Kriminalstatistik für 2017 hatte gezeigt, dass die sogenannten „SÄM-Straftaten“ um beinahe 100 Prozent gestiegen sind. Um diese Menschen wirkungsvoller als bisher zu schützen und ihnen weiterhin ein eigständiges Leben zu ermöglichen, ist es notwendig das Vertrauen dieses Personenkreises in die Umwelt und insbesondere in die Polizei zu stärken. Dafür sind dringend zusätzliche Anstrengungen von Sicherheitsbehörden und Gesellschaft erforderlich.

Ob bei der Pressestelle der Bremer Polizei, in den Medien oder im Internet, es wird immer wieder von neuen Fällen berichtet und auch intensiv gewarnt. Dennoch gibt es immer wieder Menschen, die mit dieser Art der Betrugsmasche erreicht werden. Dies ist eine besonders niederträchtige und vor allem sozial-schädliche Masche, die das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und vor allem in die Polizei erschüttert. Die in den meisten Fällen ältere Menschen werden so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihre Wertgegenstände an sich ebenfalls als Polizisten ausgebende Personen übergeben, in dem trügerischen Bewusstsein, ihr Hab und Gut sichern zu wollen und dass bei den Personen, die eigentlich zum Schutz der Bürger da sind. Die Betrüger nutzen die Hilflosigkeit, Gutgläubigkeit und vor allem Einsamkeit der älteren Menschen aus, um ihr Ziel der Bereicherung zu erreichen. Nach einem solchen Betrug, bei dem die Rentner zum Teil materiell alles verlieren, tritt oft noch der Umstand hinzu, dass sie sich schämen und niemandem von „ihrer Dummheit“ erzählen wollen, aus Angst als leichtgläubig abgestempelt zu werden. So kommt es bei manchen Menschen sogar zum mehrfachen Betrug. Genau an diesem Punkt müssen wir ansetzen und Aufklärung betreiben. Nicht nur die älteren, potenziell Betroffenen müssen erfahren, wie professionell und hinterhältig die Betrüger vorgehen, sondern auch deren Kinder, Enkel und andere Verwandte, die ihre Angehörigen vor solchen Maschen (mit-) beschützen sollten. Kreditinstitute sollten ebenfalls geschult und weiter sensibilisiert werden, um in Verdachtsfällen eingreifen zu können. Zudem muss darauf hingewirkt werden, dass diese Straftaten ausnahmslos angezeigt und nicht aus falscher Scham verheimlicht werden.

Viele älter werdende Menschen denken, dass ihnen so etwas nicht passieren kann. Aber vor perfiden, organisiert und professionell vorgehenden Betrügern ist niemand sicher. Es darf sich keine falsche „Sicherheits-Mentalität“ von „Das-kann-mir-sowieso-nicht-passieren“ einschleichen. Bremen hat sich mittlerweile zu einem Hotspot dieser Masche entwickelt. Es handelt sich auch nicht mehr nur um vereinzelte Kleinkriminelle, sondern eine besondere Art der organisierten Kriminalität. Offensichtlich gibt es Call-Center im Ausland, die die potenziellen Opfer ausfindig machen und dann ihre „Läufer“ unter anderen in Bremen losschicken, um die Wertsachen bei den Opfern abzuholen. Die Täter-

gruppen agieren überregional und halten sich nicht an Landesgrenzen. Gemeinsame beziehungsweise länderübergreifende Ermittlungsgruppen und der Erkenntnisaustausch sind daher unerlässlich. In Niedersachsen gibt es derzeit beispielsweise gar keine Statistik über diese besondere Betrugsmasche. Der Fahndungsdruck muss jedoch deutlich erhöht werden, um dem hochkriminellen Treiben der Straftäter endlich entgegenzuwirken und um zu verhindern, dass unsere Senioren im Alter um die wohlverdienten Früchte ihrer Arbeit gebracht werden. Die Politik sollte hier die Initiative ergreifen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Polizei gerade in diesem Bereich zu stärken und die Betrugsmasche nachhaltig und intensiv zu bekämpfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Eine Sonderkommission zum Deliktfeld „falsche Polizisten“ einzurichten, die sich ausschließlich mit dem Phänomen dieser Betrugsmasche auseinandersetzt.
2. Wieder verstärkt Kontaktpolizisten (KOP's) einzusetzen, die sich um Aufklärung und Prävention in den einzelnen Stadtteilen kümmern, indem sie zum Beispiel ältere Leute auf der Straße oder vor Banken ansprechen, Flyer verteilen oder auch Hausbesuche durchführen.
3. Ein umfassendes Konzept zu entwickeln, welches sich mit Prävention gegen solche Betrugsmaschen befasst, beispielsweise den sensiblen Umgang mit personenbezogenen Daten im Telefonbuch oder Namen an Klingelschildern, Hotlines zur Überprüfung der Seriosität von Polizisten am Telefon oder Ähnliches
4. Die Schaffung eines eigenen Kompetenzteams in der polizeilichen Präventionsstelle ähnlich dem Feld der Einbruchskriminalität, um intensive Aufklärungsarbeit zu betreiben.
5. Auf Bundesebene aktiv zu werden, um auf diesem Feld sowohl die überregionale als auch die internationale Zusammenarbeit zu stärken, indem Bremen, als Hochburg dieses Betrugsphänomens, die Federführung der Ermittlungen übernimmt.
6. In Zusammenarbeit mit den anderen Norddeutschen Bundesländern ein Lagebild zum Thema „falsche Polizisten“ zu schaffen, um einen geeigneten Überblick zu bekommen, wer in welchem Ausmaß betroffen ist, um dann gemeinsam die geeigneten Maßnahmen einleiten und koordinieren zu können, um diese Masche nachhaltig zu bekämpfen.

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU